



Halle (Saale), 21. Juni 2017

„Allein der Hauptgesichtspunkt bleibt die Wissenschaft.“ Die Universität als Herzstück des deutschen Wissenschaftssystems

Festvortrag des Präsidenten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina Prof. Dr. Jörg Hacker im Rahmen des Festaktes „200 Jahre Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg“

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

sehr geehrter Herr Minister,

Magnifizienz,

sehr geehrte Herren Oberbürgermeister,

sehr geehrte Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur,

hochansehnliche Festversammlung!

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich Ihnen, Magnifizienz, herzlich für die Einladung danken, den Vortrag beim heutigen Festakt zu halten. Zugleich möchte ich Ihnen und allen Angehörigen der Martin-Luther-Universität im Namen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina herzlich für unsere langjährige und intensive Zusammenarbeit danken. Die Leopoldina wurde 1652 gegründet, ist also 150 Jahre jünger als die Leucorea, und sie fand erst 1878 ihren ständigen Sitz hier an der Saale, also 61 Jahre nach der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle. Dass die Akademie in diesem Sinne ein Nachzügler ist, haben Sie und Ihre Universität uns niemals spüren lassen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

von langjähriger und intensiver Zusammenarbeit kann ich mit vollem Recht ebenfalls sprechen, wenn ich an die Beziehungen zwischen der Nationalen Akademie der Wissenschaften und ihrem Sitzland Sachsen-Anhalt denke.

Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister,

nicht nur die Martin-Luther-Universität und das Land Sachsen-Anhalt sind für die Leopoldina wichtige Partner. Das gilt auch für die Stadt Halle, in der sich der Sitz unserer Akademie seit 139 Jahren befindet, und für die anderen Städte Sachsen-Anhalts, in denen wir aktiv sind. Dafür ist Wittenberg ein schönes Beispiel: Beispielsweise richteten wir dort im vergangenen Jahr eine Sommerakademie aus, die wir gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und der Studentischen Förderinitiative der Naturwissenschaften an der Martin-Luther-Universität organisiert haben. Für die offenen Türen, welche die Mitglieder und Mitarbeiter der Leopoldina vorfinden, wenn sie in Sachsen-Anhalt Kooperationspartner suchen, danke ich Ihnen ganz herzlich.

Meine Damen und Herren,

das Jahr, in dem die Universitäten Wittenberg und Halle vereinigt worden sind, kann in Darstellungen der deutschen und europäischen Geschichte mit Jahren wie 1806, 1813 oder 1815 nicht konkurrieren. 1817 fand erstmals das Wartburgfest statt, doch das ist kaum vergleichbar mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der Völkerschlacht oder dem Wiener Kongress.

Ein Ereignis wie die Vereinigung der Universitäten von Wittenberg und Halle, an das wir uns heute gemeinsam erinnern, erlaubt es allerdings, die Auswirkungen säkularer politischer und sozialer Veränderungen auf die Wissenschaft und ihre Institutionen detailliert zu studieren. Das gelingt sehr anschaulich der Jubiläumsausstellung „«Die kombinierte Akademie»“ im neugestalteten Museum universitatis hier im Löwengebäude. Falls Sie es nicht schon längst getan haben, lege ich Ihnen den Besuch dieser Ausstellung ans Herz.

Beim Gang durch eine solche historische Ausstellung taucht unwillkürlich die Frage auf: Können wir Wissenschaftler daraus lernen, wie die Forscher und Gelehrten früherer Jahrhunderte auf die gesellschaftlichen Veränderungen ihrer Zeit geantwortet haben – und sie mit zukunftsweisenden Überlegungen zur Wissenschaft, ihren Aufgaben und ihrer Organisationsform beeinflussten?

Um sich über diese Frage Gedanken zu machen, bieten die Jahre vor und nach 1817 ein schier unerschöpfliches Untersuchungsmaterial. Deshalb habe ich mich für meinen heutigen Vortrag von Wilhelm von Humboldt anregen lassen – Sie werden es geahnt haben, als Sie den Titel des Vortrags gelesen haben: „Allein der Haupt Gesichtspunkt bleibt die Wissenschaft“. Dieser Satz ist Humboldts Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ entnommen, die er um 1810 verfasst hat.

Die Leitthese meines Vortrages ist gewissermaßen eine längere Version dessen, was Humboldt in sechs Worten prägnant ausgedrückt hat: Gerade zu Zeiten sehr hoher und überaus vielfältiger gesellschaftlicher Erwartungen an das, was Universitäten leisten sollen, ist es für sie überlebenswichtig, sich ihres einheitsstiftenden Bezuges auf die Idee der Wissenschaft zu vergewissern.

Dank der Auseinandersetzung mit den Universitätsgründern und -reformern der 1810er Jahre können wir unseren Blick auf die heutigen Entwicklungen in der Wissenschaft schärfen. Hierdurch verbessern wir unsere Chance, auf jene Herausforderungen angemessener zu reagieren, die steigende Erwartungen an Wissenschaft und Universität mit sich bringen. Denn an einem wird es den Universitäten auch zukünftig nicht mangeln: an hohen Erwartungen, die auf sie gerichtet sind und die ihre institutionelle Struktur immer wieder in Frage stellen. Darauf möchte ich aus historischer Perspektive im ersten Teil meines Vortrags eingehen.

Anschließend werde ich meine Leitthese näher erläutern: Warum müssen die Universitäten umso deutlicher die Wissenschaft zu ihrem „Hauptgesichtspunkt“ machen, je stärker sich ihre Aufgaben ausdifferenzieren? Meine Antwort wird auf den Begriff der Wissenschaftskultur zurückgreifen, und zwar im Sinne der Gesamtheit derjenigen Prinzipien, an denen sich Wissenschaftler in ihrem Umgang miteinander orientieren sollen.

Meine Damen und Herren,

die Zeit vor und nach der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle bildet in der Geschichte der deutschen Universitäten ein überaus bedeutendes Kapitel. Professoren aus Halle haben hierzu wichtige Beiträge geliefert – denken Sie nur an den Theologen Friedrich Schleiermacher, der von 1804 bis 1807 hier an der Saale lehrte. Er gab mit seiner 1808 erschienenen Schrift „Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende“ der Bildungsreform– und nicht zuletzt Wilhelm von Humboldt – wichtige Impulse. Dabei ging es um nichts weniger als um eine Neubestimmung des Zwecks von Universitäten.

In der von mir bereits genannten Denkschrift Humboldts heißt es über die höheren wissenschaftlichen Anstalten:

„Ihr Wesen besteht [...] darin, innerlich die objektive Wissenschaft mit der subjektiven Bildung, äußerlich den vollendeten Schulunterricht mit dem beginnenden Studium unter eigener Leitung zu verknüpfen, oder vielmehr den Übergang von dem einem zum anderen zu bewirken. Allein der Hauptgesichtspunkt bleibt die Wissenschaft. Denn sowie

diese rein dasteht, wird sie von selbst und im Ganzen, wenn auch einzelne Abschweifungen vorkommen, richtig ergriffen.“

Die Universität soll ihren Studierenden dauerhaft die Möglichkeit bieten, sich zu bilden, indem sie lernen, selbst zu forschen. Die Entwicklung ihres Charakters und ihre Mitwirkung an der Wissenschaft sollen Hand in Hand voranschreiten – in den Rechtswissenschaften wie in der Philosophie, in der Medizin wie in der Theologie. Das kann gelingen, wenn die universitäre Lehre bewirkt, dass der Studierende den Prozess des Lernens, Fragens, Forschens und Erkennens als Entwicklung seiner eigenen Einstellung zur Welt und zu sich selbst begreift. Auf nichts anderes zielt die von Humboldt geforderte Einheit von Forschung und Lehre.

Ein Ende dieses Bildungs- und Forschungsprozesses ist nicht abzusehen und auch nicht zu erwarten. Denn die Universität behandelt, wie Humboldt treffend schreibt, „die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem“. Das prägt die Existenz der Studierenden und der Lehrenden: Wer auf der ständigen Suche nach der Wahrheit ist, dessen Leben muss, so Humboldt, durch „Einsamkeit und Freiheit“ bestimmt sein.

„Freiheit“ heißt hier, dass der Wissenschaftler das Recht hat, jeden Versuch seitens des Staats oder der Gesellschaft abzuwehren, der darauf zielt, den wissenschaftlichen Gehalt seiner Tätigkeit gemäß anderen Kriterien als denen der Wissenschaft selbst zu beurteilen. Das ist keinesfalls selbstverständlich, wenn wir an das Schicksal der Universitäten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme oder an ihre immer zentralisiertere Kontrolle in der DDR denken.

In der Bundesrepublik können wir uns glücklich schätzen, dass mit dem Artikel 5, Absatz 3 unseres Grundgesetzes der Humboldtsche Gehalt der Wissenschaftsfreiheit geschützt wird. Dies wird mir besonders bewusst, wenn ich – wie vor zwei Wochen auf dem Transnational University Leaders Council in Hamburg – über die zunehmende Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit weltweit mit internationalen Kollegen spreche, die gemeinsame Strategien zu ihrem Schutz entwickeln wollen und dabei die von Staat zu Staat oft recht unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Arbeit beachten müssen. Auch die Wissenschaftler in Deutschland sollten sich immer wieder um ein angemessenes Verständnis ihres Rechts auf Wissenschaftsfreiheit bemühen – nicht zuletzt, um sein Verhältnis zu anderen grundgesetzlich geschützten Rechten auszuloten, etwa zu der von Artikel 1, Absatz 1 absolut geschützten Würde des Menschen, die selbstverständlich auch für die Forschung gilt.

Nach Humboldt hat der Wissenschaftler nicht nur das Recht auf Freiheit, sondern unterliegt auch der Pflicht zur Einsamkeit. Das klingt merkwürdig: Erwartet Humboldt von einem Forscher, zum Soziopathen zu werden oder eigenbrötlerisch die Kommunikation mit seinen Kollegen abzubreaken? Selbstverständlich nicht. Humboldts Pflicht zur Einsamkeit fordert den Wissenschaftler dazu auf, sich nicht von Staat oder Gesellschaft unter Druck setzen zu lassen, wenn sie einen unmittelbaren sozialen oder wirtschaftlichen Nutzen von seiner Forschung erwarten. „Einsamkeit“ meint also die notwendige Distanz zwischen der inneren Logik der Forschung und der Befriedigung außerwissenschaftlicher Bedürfnisse.

Diese Pflicht zur Einsamkeit steht zum Recht auf Freiheit komplementär. Außerwissenschaftliche, etwa wirtschaftliche, Interessen an der Forschung sind durchaus legitim. Aber sie dürfen nicht zur hauptsächlichen Triebfeder für Wissenschaft werden. Ansonsten kann der Forscher sein Recht auf Schutz vor staatlichen oder gesellschaftlichen Übergriffen langfristig kaum verteidigen.

Humboldts Vorstellung von Einsamkeit ist also durch Trends wie die Zunahme der an einem Forschungsvorhaben beteiligten Personenzahl keineswegs anachronistisch geworden. Sie hat eher an Bedeutung zugenommen, wenn es darum geht, die Kosten für solche Großprojekte zu rechtfertigen und dabei ihren möglichen Beitrag für die Befriedigung des menschlichen Erkenntnisstrebens offensiv in den Vordergrund zu stellen.

Was bedeutet die Einsamkeit und Freiheit des Wissenschaftlers für die Universitäten? Von ihnen darf nicht erwartet werden, dass sie jemals eine endgültige institutionelle Form finden. Denn ihre innere Organisation soll nach Humboldt „ein ununterbrochenes, sich immer selbst wieder belebendes, aber ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken hervorbringen und unterhalten“.

Die Universität soll einerseits der einsamen Suche nach Wahrheit ihrer Lehrenden und Studierenden den größtmöglichen Raum lassen. Andererseits soll sie zum selbstbestimmten Austausch zwischen den Forschenden einladen. Die Universität zerfällt nur dann nicht in ebensoviele Parzellen wie sie Forscher hat, wenn sich die Wissenschaftler ermuntert fühlen, ihre jeweilige Forschung miteinander in Beziehung zu setzen. Mit der integrativen Kraft solcher spontan entstehenden Verbindungen steht und fällt die Einheit einer Universität. „Interdisziplinarität“ passt hierzu nicht recht als Bezeichnung, weil sie zu sehr suggeriert, dass sich das Zusammenwirken der Wissenschaftler erfolgreich planen lässt. Umgekehrt gilt: Interdisziplinarität kann nur gelingen, wenn sie im ungezwungenen und absichtslosen Austausch der Forscher gründet.

Warum soll der Staat eine solche Umwelt für freie, einsame und spontan miteinander kommunizierende Forscher finanzieren? Humboldt gibt eine klare Antwort:

„Der Staat muss seine Universitäten weder als Gymnasien noch als Specialschulen behandeln [...]. Er muss im Ganzen [...] von ihnen nichts fordern, was sich unmittelbar und geradezu auf ihn bezieht, sondern die innere Überzeugung hegen, dass, wenn sie ihren Endzweck erreichen, sie auch seine Zwecke und zwar von einem viel höheren Gesichtspunkte aus erfüllen, von einem, vom dem sich viel mehr zusammenfassen lässt und ganz andere Kräfte und Hebel angebracht werden können, als er in Bewegung zu setzen vermag.“

Diese Kräfte und Hebel sind die wissenschaftlich gebildeten Bürger, die in ihrem jeweiligen Wirkungskreis außerhalb der Universität die Fähigkeit zu forschen ein Leben lang auch für Bestrebungen einsetzen können, die unmittelbar sozial nützlich sind.

Eine Wissenschaftspolitik, die Humboldts Ideal folgen möchte, sollte also vorrangig auf die indirekte Förderung des Gemeinwohls durch Forschung und Lehre setzen. Dadurch könnte sie die Klischees vom Elfenbeinturm einerseits und von der Wissensfabrik andererseits hinter sich lassen – und damit den ideologischen Gegensatz zwischen unnützer Grundlagenforschung und nützlichkeitsfixierter angewandter Forschung.

Meine Damen und Herren,

das Preußen, in dem Humboldt als Bildungsreformer wirkte, war gewiss kein liberaler und demokratischer Rechtsstaat. Ist Humboldts Ideal der höheren wissenschaftlichen Anstalten angesichts der Anforderungen, die wir heute an unsere Universitäten stellen, daher nicht längst überholt, auch wenn wir ihm gegenüber gewisse Sympathien hegen? Gibt es vielleicht schon in den 1810er Jahren Universitätsmodelle, die für uns relevanter sind?

Zwei Jahre nach der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle – also 1819 – wurde in den Vereinigten Staaten eine Universität gegründet, für die ein bedeutender Staatsmann und Aufklärer eine lange Zeit gekämpft hatte: die University of Virginia in Charlottesville. Ihr geistiger Vater und politischer Geburtshelfer ist der dritte Präsident der USA Thomas Jefferson gewesen. Er war so stolz auf seine Leistung, dass er sie neben der Autorschaft der Unabhängigkeitserklärung und des Gesetzes für die Einführung der Religionsfreiheit in Virginia auf seinem Grabmal verewigen ließ.

Warum wollte Jefferson gerade mit der Gründung der University of Virginia in Erinnerung bleiben? In seinen Schriften und Briefen finden sich durchaus Bemerkungen, welche die Universität als Ort feiern, an dem jede Generation ihren Beitrag zum unabsehbar fortschreitenden Erkenntnisgewinn leistet. Die Universität ist, so Jefferson, auf der nicht begrenzten Freiheit des menschlichen Geistes gegründet. Entsprechend betont er die wesentliche Rolle, die sie von Generation zu Generation sowohl für die Entwicklung ihres Wissens und ihrer Urteilsfähigkeit als auch für die Kultivierung ihres Wohlbefindens und ihrer Tugend spielt.

Aber zu Beginn von Jeffersons Liste mit den Funktionen, die seine Universität erfüllen soll, steht nicht die Erziehung durch Teilhabe an wissenschaftlicher Forschung. Als erstes nennt er Aufgaben, welche die Universität für Staat und Gesellschaft unmittelbar nützlich machen. Sie soll eine, wenn nicht die wesentliche Voraussetzung für das Überleben des modernen liberalen und demokratischen Rechtsstaats schaffen. Diese Staatsform erfordert von den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Bildung und Wissen – und in einem noch höheren Maße, wenn sie in den Dienst des Staates treten.

Jefferson konzipierte die University of Virginia an erster Stelle als Bildungsstätte der – wie wir heute sagen würden – Funktionselite in Exekutive, Legislative und Judikative. Sie sollte die Prinzipien und Strukturen der Regierung, der nationalen und internationalen Gesetzeswerke und vor allem die Idee des liberalen Rechtsstaats lehren. Zudem sollte die Universität die Interessen der Landwirtschaft, des produzierenden Gewerbes und des Handels gleichermaßen fördern und ökonomisches Wissen verbreiten. Last but not least sollte dies in Virginia geschehen, damit andere Bundesstaaten Jeffersons Heimat nicht den Rang bei der künftigen Gestaltung von Staat und Gesellschaft ablaufen würden.

Meine Damen und Herren,

aus heutiger Sicht wirkt Jeffersons Konzeption seiner Universität realitätsnäher als Humboldts Ideal. Vom regionalen Interesse an der Ansiedlung einer Universität über die Ausbildung von Kompetenzen, die dem Funktionieren der staatlichen Ordnung und dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums dienen, bis zum generellen Hinweis auf den vielfältigen Kompetenzaufbau durch das universitäre Studium: Das alles sind Aspekte, an die wir heute anknüpfen können. Sie machen die Institution aus, die bereits in den 1960er Jahren der damalige Präsident der University of California Clark Kerr die „Multiversität“ nannte. „Multiversität“ heißt: Es gibt keinen „Hauptgesichtspunkt“ im Sinne Humboldts mehr, von dem aus alle Handlungsfelder der Universität in einen über übergreifenden Zusammenhang gebracht werden können. An der Multiversität gibt es nur noch den Aushandlungsprozess zwischen zahlreichen und zuweilen miteinander in Konflikt geratenden Interessengruppen.

Sollten wir uns also – ungezählte Universitätsgründungen und -reformen nach Humboldt – endlich von seiner Idee der Universität verabschieden? Nein, wir sollten dies nicht tun. Ich möchte Sie an die Leitthese am Beginn meines Vortrags erinnern: Gerade zu Zeiten sehr hoher und überaus vielfältiger gesellschaftlicher Erwartungen an das, was Universitäten leisten sollen, ist es für sie überlebenswichtig, sich ihres einheitsstiftenden Bezuges auf die Idee der Wissenschaft zu vergewissern. Knapper formuliert: Je weiter die universitäre Wirklichkeit in Richtung Jefferson geht, umso relevanter wird Humboldts Ideal.

Dieses Ideal schlägt nur dann in Ideologie um, wenn es so verstanden wird, als ob ihm unmittelbar die Bauanleitung für die institutionelle Struktur der heutigen Universität zu entnehmen wäre. Humboldts Ideal bleibt aber so lange relevant, wie es die kritische Betrachtung der Fliehkräfte ermöglicht, die in der universitären Wirklichkeit die Überhand über den institutionellen Zusammenhalt zu gewinnen drohen. In diesem Sinne sollten wir der Forderung Humboldts: „Allein die Wissenschaft bleibt der Hauptgesichtspunkt“, folgen.

Meine Damen und Herren,

wie können wir uns auf den Hauptgesichtspunkt der Wissenschaft beziehen, wenn wir uns den vielfältigen Pflichten und Verantwortlichkeiten der Universitätsangehörigen gegenübersehen, die mit der Entwicklung der modernen Universität zunehmend in Konflikt miteinander zu geraten drohen?

Lassen Sie mich meine Überlegungen zu dieser Frage mit den zehn Handlungsfelder beginnen, welche die Hochschulrektorenkonferenz in ihrem Eckpunktepapier vom Oktober 2016 zur Rolle und zu den Herausforderungen des Hochschulsystems aufgeführt hat.

Die Hochschulrektorenkonferenz (abgekürzt: HRK) beginnt ihre Liste der Handlungsfelder von Hochschulen wie selbstverständlich mit den beiden Humboldtschen Funktionen der herausragenden Lehre und der exzellenten Forschung. Ihnen folgt eine Aufgabe, die in der Wissensgesellschaft häufig die „dritte Säule“ der Hochschulen genannt wird: der Wissenstransfer als Impulsgeber für technische und soziale Innovationen. Eng damit zusammen hängt das vierte Handlungsfeld, das die HRK auflistet: die Förderung der beruflichen Entwicklung während des gesamten Karriereverlaufs, also ein wesentlicher Teil des lebenslangen Lernens. Verstehen wir dieses Lernen umfassender und gehen über die berufliche Weiterbildung hinaus, so gelangen wir zum allgemeinen Bildungsauftrag der Hochschulen und ihrer Aufgabe, den Dialog zwischen Wissenschaft, und Gesellschaft zu stärken.

Halten wir nach den ersten fünf Handlungsfeldern der Hochschulen inne. Lehre, Forschung, Wissenstransfer, berufliche Bildung und Dialog mit der Gesellschaft: Wenn Sie diese – in sich wiederum komplexen – Handlungsfelder Revue passieren lassen und Optimist sind, dann werden Sie glauben, dass es zwischen ihnen keine Zielkonflikte geben muss.

Sobald Sie aber bestimmen müssen, wie Sie die endlichen Ressourcen einer Universität an Geld, Zeit und Kompetenzen zwischen den Handlungsfeldern aufteilen, wird es mindestens zu Konflikten der Prioritätssetzung kommen.

Ich möchte dies an einem aktuellen Beispiel erläutern. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in Reden, die er im April an der Ludwig-Maximilians-Universität München und im Juni an der Georg-August-Universität Göttingen gehalten hat, die Universitäten aufgefordert, „Keimzellen der Demokratie“ zu sein. Sie sollen ihre politische Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen, sich aktiv in gesellschaftliche Debatten einbringen, gegen die gezielte Verunglimpfung der Wissenschaft kämpfen und für die Bewahrung unserer Freiheiten eintreten.

Dieser Forderung des Bundespräsidenten werden Sie gewiss zustimmen, und sie gehört ganz wesentlich zum Bildungsauftrag der Hochschulen und zur Stärkung des Dialogs mit der Gesellschaft. Was aber heißt das konkret? Muss die Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit personell aufgestockt werden? Soll das professorale Engagement in regionalen zivilgesellschaftlichen Projekten unterstützt werden? Oder muss erst einmal erforscht werden, ob sich eine Vertrauenskrise der Wissenschaft überhaupt empirisch nachweisen lässt? Und brauchen wir nicht auch eine Ringvorlesung zu den verschiedenen Begriffen von Wissenschaft, die sich in der aktuellen Debatte um das postfaktische Zeitalter und auf den Plakaten des March for Science widerspiegeln?

Wer auf diese Fragen die Antwort gibt, dass dies alles und noch viel mehr wünschbar wäre, hat vermutlich recht. Er verkennt jedoch, dass eine Institution, die sich wie die Universität so vielfältigen Aufgaben verpflichtet fühlt, eines nicht leisten kann: Sie vermag es nicht, angesichts endlicher Ressourcen mit gleich hoher Qualität auf allen Handlungsfeldern gleichzeitig tätig zu sein. Glücklicherweise ist die Hochschule, in der es nur um die Entscheidung geht, welche relative Relevanz ihre einzelnen Funktionen angesichts einer konkreten Herausforderung besitzen.

Zu einer ganz ähnlichen Schlussfolgerung kämen wir, wenn wir die von mir noch nicht genannten fünf Handlungsfelder von Hochschulen betrachten würden, welche die HRK in ihrem Eckpunktepapier aufgeführt hat. Drei Handlungsfelder spiegeln gewissermaßen die geographische Reichweite der Aktivitäten der Hochschulen wider: Hier geht es von der Verantwortung in der Region über die Vernetzung der Hochschulen in Europa bis zur weltweit agierenden internationalen Zusammenarbeit. Eine Universität ist eine Institution, die eine große Verantwortung für die eigene Region trägt, aber zugleich multinational agieren muss, weil sie sich in einem globalen Wettbewerb um Studierende, Lehrende und Fördermittel befindet. Ebenso wie bei einem Unternehmen wird diese doppelte Zielrichtung auch bei einer Universität nicht in allen Fällen ohne Konflikt zu verfolgen sein.

Zwei weitere Handlungsfelder von Hochschulen, welche die HRK auflistet, umspannen gewissermaßen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Hochschulen engagieren sich nicht nur für die Bewahrung und Entwicklung des kulturellen Erbes. Sondern sie fördern und integrieren auch diejenigen, deren Zukunft durch Teilhabe an Bildung und Wissenschaft besonders nachhaltig unterstützt werden könnte, bei denen diese Teilhabe aber auch vor besonderen Herausforderungen steht, etwa bei Studierenden mit Migrationshintergrund. In den Universitäten entscheidet sich in einem hohen Maße, wie unsere kulturellen Traditionen angesichts der Herausforderungen der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts weitergeführt werden.

Mit den zehn Handlungsfeldern von Hochschulen, welche die HRK zusammengestellt hat, ist das funktionale Spektrum der Universität von heute in seiner ganzen, fast beängstigenden Breite erfasst. Bei der Umsetzung dieser Aufgaben in konkrete Schwerpunktsetzungen und Vorhaben einer Universität sind teilweise tiefgreifende Auseinandersetzungen zu erwarten.

In einer solchen Situation kann Humboldts Ideal der Universität an die Normen erinnern, an denen sich Wissenschaftler in ihrem Umgang miteinander orientieren sollen. Und dies nicht nur, um den innerwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt als ihre gemeinsame Leistung zu verwirklichen. Sondern auch, um den bestmöglichen Einsatz wissenschaftlicher Expertise bei der Bewältigung der institutionellen Herausforderungen einer Universität zu ermöglichen. Diese Normen fördern im Sinne eines Berufsethos allesamt das wechselseitige Vertrauen – das Vertrauen, dass die Wissenschaftler mit ihrer Einsamkeit und Freiheit verantwortlich umgehen, um weiterhin ihr „ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken“ zu ermöglichen.

Alle Faktoren, die dieses Vertrauen stärken, gehören meines Erachtens zu den Kernelementen der Wissenschaftskultur. Sie fördert ein Wissen über die von Menschen miteinander geteilte Erfahrungswirklichkeit, das auf der Grundlage rational nachvollziehbarer und kritisierbarer Methoden gewonnen worden, somit prinzipiell überprüfbar, aber eben auch grundsätzlich falsifizierbar ist. Im Forschungsprozess ist jederzeit damit zu rechnen, dass Wissen zweifelhaft, etwas Selbstverständliches fragwürdig wird. Das ist eine hochgradig unbequeme Einstellung zur Welt. Umso wichtiger ist es, die Haltung der ergebnisoffenen, also riskanten, jedoch planvoll vorgehenden und dabei für Neues hochsensiblen Wahrheitssuche auch dann einzunehmen, wenn es um die Organisation der wissenschaftlichen Tätigkeit selbst geht – etwa in inneruniversitären Debatten.

Was wir benötigen, sind neue Ideen, wie unser Berufsethos in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts weiterhin den Alltag an Universitäten bestimmen kann – und zwar unabhängig davon, welchem universitären Handlungsfeld sich ein Wissenschaftler in besonderem Maße widmet. Denn wenn unsere gemeinsame Wissenschaftskultur in ihrer Geltung relativiert wird, dann ist das Ende der Humboldtschen Idee der Universität endgültig eingeläutet. Dann wird die Multiversität zum Kampfplatz von Interessengruppen, die nichts verbindet als das Ziel, die Ressourcen einer nur noch formal als Einheit existierenden Institution für ihre Zwecke zu nutzen.

Magnifizienz,

meine Damen und Herren,

ich bin zuversichtlich, dass es der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und den anderen deutschen Universitäten gelingen wird, Forschung, Lehre und Wissenstransfer gemeinsam und unauflöslich in einer Institution unter dem Hauptgesichtspunkt der Wissenschaft zu betreiben. Dann bleiben sie das Herzstück des deutschen Wissenschaftssystems. Droht den Universitäten doch einmal der Herzstillstand, dann kann – so meine Hoffnung – Humboldts Ideal der Universität wie ein Defibrillator wirken.

Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen herzlich!